

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXIII
<b>1 Einleitung</b> .....	1
1.1 Einführung in die Problemstellung .....	1
1.2 Outsourcing als Unternehmensentscheidung .....	5
1.3 Problem mit Blick auf die Zielsetzung der Mehrwertsteuer – Neutralitäts- prinzip .....	9
1.4 Zielsetzung und Gang der Untersuchung .....	13
1.5 Methodik .....	19
<b>2 Generelle (steuerpolitische) Möglichkeiten zur Herstellung der Neutralität     zwischen Insourcing und Outsourcing</b> .....	25
<b>3 Kooperationen als Teil des nichtwirtschaftlichen Bereichs</b> .....	33
3.1 Allgemeines .....	33
3.2 Die Sphärentheorie nach dem Urteil VNLTO .....	34
3.2.1 Abgrenzung der Begriffe „wirtschaftlich“, „nichtwirtschaftlich“, „privat“ und „unternehmensfremd“ .....	34
3.2.2 Rechtsfolgen der unterschiedlichen Sphären .....	39
3.3 Der nichtwirtschaftliche Bereich von Einrichtungen des öffentlichen Rechts .....	47
3.3.1 Einleitende Bemerkungen .....	47
3.3.2 Keine Dienstleistung .....	48
3.3.3 Kein Entgelt .....	52
3.3.4 Tätigkeiten im Rahmen der öffentlichen Gewalt gem Art 13 MwSt- Syst-RL .....	54
3.3.4.1 Allgemeines .....	54
3.3.4.2 Historischer Ursprung für die Behandlung von Einrichtungen des öffentlichen Rechts .....	56
3.3.4.3 Anwendungsvoraussetzungen des Art 13 Abs 1 MwStSyst- RL .....	57
3.3.4.3.1 Wirtschaftliche Tätigkeit iSd Art 9 MwStSyst- RL .....	57
3.3.4.3.1.1 Wirtschaftlicher Charakter der Tätig- keit .....	57
3.3.4.3.1.2 Erzielung von Einnahmen .....	60
3.3.4.3.1.3 Das Kriterium der Nachhaltig- keit .....	65

3.3.4.3.2 Spannungsverhältnis zwischen der Rs Geemente Borsele und dem Anwendungsbereich des Art 13 MwStSyst-RL?	66
3.3.4.3.3 Zwischenergebnis	70
3.3.4.3.4 Definition „Einrichtungen des öffentlichen Rechts“	71
3.3.4.3.5 Tätigkeiten im Rahmen der öffentlichen Gewalt	76
3.3.4.4 Ausnahme von der Behandlung als Nichtsteuerpflichtige gem Art 13 Abs 1 Unterabs 2 und 3 MwStSyst-RL	79
3.3.4.5 Ausweitung des Begriffs „im Rahmen der öffentlichen Gewalt“ gem Art 13 Abs 2 MwStSyst-RL	83
3.4 Unmittelbare, dauerhafte und notwendige Erweiterung der nichtwirtschaft- lichen Tätigkeit	84
3.4.1 Einleitende Bemerkungen	84
3.4.2 Definition der unmittelbaren, dauerhaften und notwendigen Erwei- terung einer Tätigkeit	86
3.4.3 Übertragbarkeit auf den nichtwirtschaftlichen Bereich	91
3.4.4 Begründung einer eigenständigen wirtschaftlichen Tätigkeit oder Entstehung eines Steuerpflichtigen?	93
3.4.5 Ist die Abgrenzung zu Hilfsumsätzen auch für den nichtwirtschaftli- chen Bereich von Relevanz?	97
3.4.6 Ist die Unterscheidung zwischen Hilfsumsätzen und Nebenleistungen von Bedeutung?	101
3.4.7 Konkrete Beispiele für Kooperationen im nichtwirtschaftlichen Bereich	103
3.5 Conclusio	108
3.6 Kooperationen als Teil der nichtwirtschaftlichen Sphäre aus österreichischer Perspektive	111
3.6.1 Nationale Rechtsgrundlage für Körperschaften des öffentlichen Rechts	111
3.6.1.1 Definition des Begriffs „Körperschaft des öffentlichen Rechts“	111
3.6.1.2 Umsatzsteuerliche Behandlung von Körperschaften des öffentlichen Rechts	113
3.6.1.2.1 Einleitende Bemerkungen	113
3.6.1.2.2 Betrieb gewerblicher Art gem § 2 Abs 3 und Abs 4 UStG	114
3.6.1.2.3 Hoheitsbetrieb gem § 2 Abs 5 KStG	119
3.6.1.2.4 Mischbetriebe	120

3.6.2 Ist die österreichische Rechtslage zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts unionsrechtskonform? .....	122
3.6.2.1 Definition von Körperschaften des öffentlichen Rechts .....	122
3.6.2.2 Der Betrieb gewerblicher Art gem § 2 Abs 3 UStG iVm § 2 Abs 1 KStG .....	123
3.6.2.3 Fiktive Betriebe gewerblicher Art .....	131
3.6.2.4 Hoheitsbetriebe .....	134
3.6.2.5 Mischbetriebe .....	135
3.6.2.6 Eigenversorgungsbetriebe .....	136
3.6.2.7 Tätigkeiten von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die jedenfalls als gewerbliche oder berufliche Tätigkeit gelten .....	136
3.6.2.8 Bewertung .....	137
3.6.3 Die nichtwirtschaftliche Sphäre aus österreichischer Sichtweise .....	142
3.6.3.1 Österreichische Rechtsprechung und Verwaltung .....	142
3.6.3.1.1 Einleitende Bemerkungen .....	142
3.6.3.1.2 Rechtsprechung zum Nichtvorliegen einer sonstigen Leistung .....	143
3.6.3.1.3 Rechtsprechung zum mangelnden Entgelt .....	145
3.6.3.1.4 Rechtsprechung zu hoheitlichen Tätigkeiten .....	147
3.6.3.1.5 Verwaltungsmeinung in den UStR .....	148
3.6.3.2 Kritik an der unterschiedlichen Begriffsverwendung in der Rechtsprechung des VwGH .....	148
3.6.3.3 Kritik an der Rechtsprechung des VwGH zum fiktiven BgA bei der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken .....	149
3.6.4 Kritik an der fehlenden methodischen Begründung des VwGH .....	151
3.6.5 Unmittelbare, dauerhafte und notwendige Erweiterung der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit .....	154
3.6.5.1 Österreichische Ansicht .....	154
3.6.5.2 Exkurs: Behandlung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gem § 2b dUStG .....	155
3.6.6 Spezielle Ausgliederungsmöglichkeiten für Rechtsträger von Einrichtungen des öffentlichen Rechts .....	156
3.6.6.1 Einleitende Bemerkungen .....	156
3.6.6.2 Ausgliederung gem § 1 des Art 34 Budgetbegleitgesetz .....	157
3.6.6.3 Vermietung von Grundstücken durch ausgegliederte Rechtsträger .....	160
3.6.6.4 Reihenleistungen im Rahmen von Ausgliederungen .....	161
3.6.6.5 Kostenerstattung im Rahmen von Gemeindeverbänden .....	171

3.6.6.6 Kostenerstattung durch Verwaltungsgemeinschaften .....	172
3.6.7 Bewertung .....	174
<b>4 Steuerbefreiungen .....</b>	<b>183</b>
4.1 Historischer Ursprung und Rechtfertigung für die Einführung von Steuerbefreiungen .....	183
4.2 Änderungen im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen .....	189
4.2.1 Richtlinienvorschlag zur Änderung der Behandlung von Versicherungs- und Finanzdienstleistungen aus 2007 .....	189
4.2.2 Wiederaufnahme der Diskussion und Veröffentlichung eines Richtlinienentwurfs .....	191
4.3 Transaktionsbezogene Anwendung von Steuerbefreiungen .....	195
4.4 Anwendungsbereich und Auslegung von unechten Steuerbefreiungen in der MwStSyst-RL .....	198
4.4.1 Anwendbarkeit der unechten Steuerbefreiung aufgrund der Einheitlichkeit der Leistung .....	198
4.4.2 Einleitende Bemerkungen zu den allgemeinen und speziellen Auslegungsgrundsätzen .....	204
4.4.3 Allgemeine Einschränkungen aufgrund von Art 133 MwStSyst-RL und Art 134 MwStSyst-RL .....	205
4.4.4 Allgemeine Auslegungsgrundsätze gem der Rechtsprechung des EuGH .....	208
4.4.5 Spezifische Kriterien für die Anwendbarkeit von unechten Steuerbefreiungen iZm dem Outsourcen von Tätigkeiten .....	211
4.4.5.1 Rechtsform des Dienstleistungserbringers .....	211
4.4.5.1.1 Einleitende Bemerkungen .....	211
4.4.5.1.2 Bedeutung des Begriffs „öffentliche Posteinrichtung“ in Art 132 Abs 1 lit a MwStSyst-RL .....	212
4.4.5.1.3 Bedeutung des Begriffs „Einrichtung“ in Art 132 Abs 1 lit b, lit g, lit h, lit i, lit k, lit l, lit m, lit n, lit o und lit p MwStSyst-RL .....	213
4.4.5.1.4 Bedeutung des Begriffs „Einrichtung des öffentlichen Rechts“ in Art 132 Abs 1 lit b, lit g, lit h, lit i, lit n und lit o MwStSyst-RL .....	215
4.4.5.1.4.1 Einleitende Bemerkungen .....	215
4.4.5.1.4.2 Pro rechtsformabhängige Anwendung .....	217
4.4.5.1.4.3 Contra rechtsformabhängige Anwendung .....	219
4.4.5.1.4.4 Conclusio .....	226

4.4.5.1.5	Bedeutung der Begriffe „Krankenanstalten“ und „Zentren für ärztliche Heilbehandlung und Diagnostik“ in Art 132 Abs 1 lit b MwStSyst-RL .....	227
4.4.5.1.6	Bedeutung des Begriffs „Anstalten“ in Art 132 Abs 1 lit q MwStSyst-RL .....	228
4.4.5.1.7	Bedeutung des Begriffs „Privatlehrer“ in Art 132 Abs 1 lit j MwStSyst-RL .....	228
4.4.5.1.8	Unechte Steuerbefreiungen in Art 132 Abs 1 MwStSyst-RL ohne Nennung einer möglichen Rechtsform des Dienstleistungserbringers .....	229
4.4.5.1.9	Unechte Steuerbefreiung für andere Tätigkeiten gem Art 135 MwStSyst-RL .....	231
4.4.5.2	Zielsetzung des Dienstleistungserbringers .....	233
4.4.5.2.1	Einleitende Bemerkungen .....	233
4.4.5.2.2	Zielsetzung von öffentlichen Posteinrichtungen .....	235
4.4.5.2.3	Zielsetzung bei Krankenanstalten, Zentren für ärztliche Heilbehandlung und Diagnostik und ordnungsgemäß anerkannte Einrichtungen gleicher Art .....	237
4.4.5.2.3.1	Einleitende Bemerkungen .....	237
4.4.5.2.3.2	Vergleichbarkeit in sozialer Hinsicht: therapeutischer Zweck .....	238
4.4.5.2.3.3	Vergleichbarkeit in sozialer Hinsicht .....	240
4.4.5.2.3.4	Conclusio .....	243
4.4.5.2.4	Zielsetzung beim Begriff Einrichtungen des öffentlichen Rechts .....	244
4.4.5.2.5	Zielsetzung der Einrichtungen mit sozialem Charakter .....	244
4.4.5.2.5.1	Einleitende Bemerkungen .....	244
4.4.5.2.5.2	Indizien aus der Rsp des EuGH .....	245
4.4.5.2.5.3	Pauschaler Ausschluss der Berufsgruppe der Rechtsanwälte? .....	247
4.4.5.2.5.4	Conclusio .....	253
4.4.5.2.6	Zielsetzung bei Einrichtungen mit vom betreffenden Mitgliedstaat anerkannter vergleichbarer Zielsetzung .....	254

4.4.5.2.7	Zielsetzung bei religiösen und weltanschaulichen Einrichtungen .....	256
4.4.5.2.8	Zielsetzung bei Einrichtungen ohne Gewinnstreben gem Art 132 Abs 1 lit l und lit m MwStSyst-RL .....	259
4.4.5.2.9	Zielsetzung bei anerkannten kulturellen Einrichtungen .....	263
4.4.5.2.10	Zielsetzung bei ordnungsgemäß anerkannten Einrichtungen gem Art 132 Abs 1 lit p MwStSyst-RL .....	268
4.4.5.3	Vertragliche Beziehung zwischen Dienstleistungserbringer und Dienstleistungsempfänger .....	270
4.4.5.4	Charakter der vom Dienstleistungserbringer erbrachten Dienstleistung .....	273
4.4.5.4.1	Dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten gem Art 132 MwStSyst-RL .....	273
4.4.5.4.2	Steuerbefreiungen für andere Tätigkeiten gem Art 135 MwStSyst-RL .....	276
4.4.5.4.2.1	Allgemein gültige Ausführungen zu den unechten Steuerbefreiungen gem Art 135 Abs 1 lit a bis lit g MwStSyst-RL .....	276
4.4.5.4.2.2	Bedeutung des Begriffs „ein im Großen und Ganzen eigenständiges Ganzes“ .....	277
4.4.5.4.2.3	Bedeutung des Begriffs „spezifische und wesentliche Funktionen einer unecht befreiten Finanzdienstleistung“ gem der Rechtsprechung des EuGH .....	278
4.4.5.4.2.4	Abgrenzung von rein „technischen“ Dienstleistungen zu „spezifischen und wesentlichen“ Aspekten einer Finanzdienstleistung .....	283
4.4.5.4.2.5	Besonderheit bei Art 135 Abs 1 lit a MwStSyst-RL .....	290
4.4.5.4.2.6	Besonderheiten bei Art 135 Abs 1 lit g MwStSyst-RL .....	291
4.4.5.4.2.7	Conclusio und Kritik .....	293
4.4.5.5	Art der Ausführung .....	298
4.4.6	Ausweitung des Anwendungsbereiches zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrung? .....	299

4.4.7 Der Begriff „eng verbunden“ in Art 132 Abs 1 lit b, lit g, lit h, lit i, lit l und lit n MwStSyst-RL .....	300
4.4.7.1 Einleitende Bemerkungen und Anwendungsbereich .....	300
4.4.7.2 Auslegung und mögliche Subsumtion der outgesourcten Tätigkeit unter den Begriff „eng verbunden“ .....	301
4.4.7.2.1 Einleitende Bemerkungen .....	301
4.4.7.2.2 Beispiele aus der Rechtsprechung des EuGH zu Art 132 Abs 1 lit b MwStSyst-RL .....	302
4.4.7.2.3 Ausführungen des Mehrwertsteuerausschusses .....	304
4.4.7.2.4 Beispiele aus der Rechtsprechung des EuGH zu Art 132 Abs 1 lit g, lit h und lit i MwStSyst-RL .....	305
4.4.7.2.5 Eng verbundene Lieferung gem Art 132 Abs 1 lit l und lit n MwStSyst-RL .....	308
4.4.7.2.6 Conclusio .....	308
4.5 Bewertung .....	310
4.6 Österreichische Umsetzung in § 6 UStG .....	313
4.6.1 Allgemeines .....	313
4.6.2 Umgesetzte Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten gem Art 132 MwStSyst-RL .....	313
4.6.3 Nicht umgesetzte Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten .....	315
4.6.3.1 Unionsrechtskonformität trotz Nicht-Umsetzung des Art 132 Abs 1 lit k MwStSyst-RL? .....	315
4.6.3.1.1 Religiöse und weltanschauliche Einrichtungen als Körperschaften des öffentlichen Rechts .....	315
4.6.3.1.2 Unmittelbare Anwendbarkeit des Art 132 Abs 1 lit k MwStSyst-RL? .....	316
4.6.3.2 Unionsrechtskonformität trotz Nicht-Umsetzung des Art 132 Abs 1 lit l MwStSyst-RL? .....	320
4.6.3.3 Unionsrechtskonformität trotz Nicht-Umsetzung des Art 132 Abs 1 lit o MwStSyst-RL? .....	321
4.6.3.4 Unionsrechtskonformität trotz Nicht-Umsetzung des Art 132 Abs 1 lit q MwStSyst-RL? .....	322
4.6.4 Umsetzung der Steuerbefreiung für andere Tätigkeiten gem Art 135 MwStSyst-RL .....	323
4.6.5 Einheitlichkeit der Leistung .....	324
4.6.6 Allgemeine Auslegungsgrundsätze von Steuerbefreiungen .....	326

4.6.7	Umsetzung des Art 133 MwStSyst-RL und Art 134 in Österreich .....	327
4.6.7.1	Gemeinnützigkeitsstatus gem §§ 34 ff BAO und Möglichkeit der richtlinienkonformen Interpretation .....	327
4.6.7.2	Art XIV Begleitmaßnahmen zum UStG 1994 .....	328
4.6.7.2.1	Einleitende Bemerkungen .....	328
4.6.7.2.2	Art 133 und Art 134 MwStSyst-RL als unionsrechtliche Grundlage .....	330
4.6.7.2.3	Der Begriff „anerkannte Einrichtungen“ als mögliche unionsrechtliche Grundlage .....	332
4.6.7.2.4	Art 13 MwStSyst-RL als mögliche unionsrechtliche Grundlage .....	333
4.6.7.2.5	Conclusio .....	335
4.6.8	Spezielle Auslegungsgrundsätze beim Outsourcen .....	336
4.6.8.1	Allgemeines .....	336
4.6.8.2	Rechtsform des Dienstleistungserbringers .....	336
4.6.8.2.1	Befreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten .....	336
4.6.8.2.1.1	Einleitende Bemerkungen .....	336
4.6.8.2.1.2	Träger der Sozialversicherung gem § 6 Abs 1 Z 7 UStG .....	337
4.6.8.2.1.3	Universalpostdienstleister gem § 6 Abs 1 Z 10 lit b UStG .....	338
4.6.8.2.1.4	Bildungsleistungen gem § 6 Abs 1 Z 11 lit a und lit b sowie Z 12 UStG .....	338
4.6.8.2.1.5	Vereinigungen gem § 6 Abs 1 Z 14 UStG .....	340
4.6.8.2.1.6	Tagesmütter und Pflegerlern gem § 6 Abs 1 Z 15 UStG .....	341
4.6.8.2.1.7	Einrichtungen des öffentlichen Rechts sowie Einrichtungen, die gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen gem § 6 Abs 1 Z 18 iVm Z 25, Z 23 iVm Z 25 und Z 24 iVm Z 25 UStG .....	341
4.6.8.2.1.8	Ärztliche Umsätze gem § 6 Abs 1 Z 19 und Z 20 UStG .....	344



4.6.8.2.1.9 Die Lieferung von menschlichen Organen, Blut und Frauenmilch gem § 6 Abs 1 Z 21 UStG .....	345
4.6.8.2.1.10 Die Beförderung von Kranken gem § 6 Abs 1 Z 22 UStG .....	345
4.6.8.2.2 Befreiungen für andere Tätigkeiten .....	346
4.6.8.2.3 Conclusio .....	349
4.6.8.3 Zielsetzung des Dienstleistungserbringers .....	349
4.6.8.4 Vertragliche Beziehung zwischen Dienstleistungserbringer und Dienstleistungsempfänger .....	353
4.6.8.5 Charakter der vom Dienstleistungserbringer erbrachten Leistung .....	354
4.6.8.6 Art der Ausführung .....	357
4.6.9 Auslegung des Begriffs „eng verbunden“ und mögliche Subsumtion der outgesourceten Tätigkeit unter diesen Begriff .....	358
4.6.10 Bewertung .....	361
<b>5 Die Zusammenschlussbefreiung .....</b>	<b>363</b>
5.1 Die Zusammenschlussbefreiung iSd Art 132 Abs 1 lit f MwStSyst-RL .....	363
5.1.1 Status quo des Artikels und Entstehungsgeschichte .....	363
5.1.2 Wirkungsweise und Rechtsfolge des Zusammenschlusses .....	365
5.1.3 Verhältnis Zusammenschlussbefreiung gem Art 132 Abs 1 lit f MwStSyst-RL zu Art 11 MwStSyst-RL .....	367
5.1.4 Persönlicher Anwendungsbereich .....	368
5.1.4.1 Zweck des Zusammenschlusses .....	368
5.1.4.2 Ist der Zusammenschluss ein eigenständiger Steuerpflichtiger? .....	369
5.1.4.2.1 Wortlaut des Art 132 Abs 1 lit f MwStSyst-RL .....	369
5.1.4.2.2 Systematische Aspekte .....	372
5.1.4.2.3 Grundsatz der restriktiven Auslegung von Steuerbefreiungen .....	372
5.1.4.2.4 Bedeutung des Begriffes „Mitglieder“ für die Eigenständigkeit des Zusammenschlusses .....	373
5.1.4.2.5 Ansicht des EuGH in der Rs Kommission/Luxemburg .....	373
5.1.4.2.6 Rechtsfolgen der Selbständigkeit .....	374
5.1.4.2.7 Ergebnis .....	375
5.1.4.3 Rechtsform des Zusammenschlusses .....	377

5.1.4.3.1	Einleitende Bemerkungen .....	377
5.1.4.3.2	Wortlautinterpretation des Art 132 Abs 1 lit f MwStSyst-RL .....	378
5.1.4.3.3	Ergeben sich aufgrund der Eigenständigkeit des Zusammenschlusses Grenzen bei der Wahl der Rechtsform des Zusammenschlusses? .....	379
5.1.4.3.4	Teleologische Auslegung .....	381
5.1.4.3.5	Systematische Auslegung .....	382
5.1.4.3.6	Historische Auslegung .....	383
5.1.4.3.7	Ergebnis und Rechtsfolgen .....	384
5.1.4.4	Mitglieder des Zusammenschlusses .....	385
5.1.4.4.1	Anzahl der Mitglieder .....	385
5.1.4.4.2	Rechtsform der Mitglieder .....	386
5.1.4.4.3	Selbständigkeit der Mitglieder .....	389
5.1.4.4.4	Verhältnis zwischen Zusammenschluss und Mitglie- der .....	390
5.1.4.4.5	Kann ein Mitglied lediglich mittelbar am Zusam- menschluss beteiligt sein? .....	394
5.1.4.4.6	Kann eine Mehrwertsteuergruppe ein Mitglied des Zusammenschlusses sein? .....	395
5.1.4.4.7	Steuerbefreite Tätigkeit .....	401
5.1.4.4.7.1	Allgemeines .....	401
5.1.4.4.7.2	Kernaussagen des EuGH in der Rs Aviva und DNB Banka .....	403
5.1.4.4.7.3	Kernaussagen des EuGH in der Rs Kommission/Deutschland .....	404
5.1.4.4.7.4	Kritik an der Rechtsprechung des EuGH und weitere Überlegun- gen .....	405
5.1.4.4.8	Nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallende Tätigkeit .....	410
5.1.4.4.9	Darf ein Mitglied auch steuerpflichtige Tätigkeiten ausüben? .....	413
5.1.5	Sachlicher Anwendungsbereich und Anwendungsvoraussetzun- gen .....	417
5.1.5.1	Allgemeines .....	417
5.1.5.2	Welche Art von Dienstleistungen darf der Zusammenschluss erbringen? .....	418
5.1.5.3	Dienstleistung muss vom Zusammenschluss an seine Mitglie- der erbracht werden .....	424

5.1.5.3.1	Bedürfnisorientierte Dienstleistungserbringung vom Zusammenschluss an die Mitglieder .....	424
5.1.5.3.2	Erbringung von Dienstleistungen an Nichtmitglieder .....	425
5.1.5.3.3	Steuerpflichtige Dienstleistungserbringung vom Zusammenschluss an seine Mitglieder .....	429
5.1.5.3.4	Dienstleistungserbringung von Dritten .....	430
5.1.5.4	Verwendung der Dienstleistung des Zusammenschlusses für die unmittelbaren Zwecke der steuerbefreiten oder nicht in den Anwendungsbereich der Mehrwertsteuer fallende Tätigkeit des Mitglieds .....	434
5.1.5.4.1	Definition des Begriffs „unmittelbar“ .....	434
5.1.5.4.2	Gemischte Nutzung der Dienstleistung des Zusammenschlusses .....	439
5.1.5.5	Erstattung des jeweiligen Anteils an den gemeinsamen Kosten .....	444
5.1.5.6	Auslegung des Begriffs „Wettbewerbsverzerrung“ .....	447
5.1.5.6.1	Einleitende Bemerkungen .....	447
5.1.5.6.2	Restriktives Verständnis des Kriteriums der Wettbewerbsverzerrung? .....	449
5.1.5.6.3	Indizien für die Beurteilung des Kriteriums der Wettbewerbsverzerrung .....	450
5.1.5.6.4	Pauschale Beschränkung von Art 132 Abs 1 lit f MwStSyst-RL durch Berufung auf das Kriterium der Wettbewerbsverzerrung möglich? .....	454
5.1.5.6.5	Conclusio .....	455
5.1.6	Bewertung .....	457
5.2	Die Zusammenschlussbefreiung aus österreichischer Perspektive .....	463
5.2.1	Entstehungsgeschichte und Status quo .....	463
5.2.2	Österreichische Umsetzung in § 6 Abs 1 Z 19 2. Satz UStG .....	465
5.2.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich .....	465
5.2.2.2	Sachlicher Anwendungsbereich .....	469
5.2.2.2.1	Einleitende Bemerkungen .....	469
5.2.2.2.2	Art der sonstigen Leistung .....	470
5.2.2.2.3	Leistungserbringung von der Gemeinschaft an ihre Mitglieder .....	470
5.2.2.2.4	Das Kriterium der Unmittelbarkeit .....	471
5.2.2.2.5	Aliquote Erstattung der gemeinsamen Kosten und das Kriterium der Wettbewerbsverzerrung .....	472

5.2.2.3 Unionsrechtskonformität des § 6 Abs 1 Z 19 2. Satz UStG .....	472
5.2.2.4 Unmittelbare Anwendbarkeit des Art 132 Abs 1 lit f MwSt- Syst-RL? .....	476
5.2.3 Österreichische Umsetzung in § 6 Abs 1 Z 28 UStG .....	478
5.2.3.1 Einleitende Bemerkungen .....	478
5.2.3.2 Persönlicher Anwendungsbereich .....	478
5.2.3.3 Sachlicher Anwendungsbereich des § 6 Abs 1 Z 28 1. Satz UStG .....	480
5.2.3.3.1 Einleitende Bemerkungen .....	480
5.2.3.3.2 Art der sonstigen Leistung .....	480
5.2.3.3.3 Sonstige Leistung vom Zusammenschluss an seine Mitglieder .....	481
5.2.3.3.4 Das Kriterium der Unmittelbarkeit .....	482
5.2.3.3.5 Aliquote Erstattung der gemeinsamen Kosten und das Kriterium der Wettbewerbsverzerrung .....	484
5.2.3.4 Zwischenbankbefreiung gem § 6 Abs 1 Z 28 2. Satz UStG .....	485
5.2.3.5 Personalgestellung gem § 6 Abs 1 Z 28 2. Satz UStG .....	487
5.2.3.6 Unionsrechtskonformität des § 6 Abs 1 Z 28 UStG .....	487
5.2.4 Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen § 6 Abs 1 Z 19 2. Satz UStG und § 6 Abs 1 Z 28 UStG .....	489
5.2.5 Verstößt die derzeitige österreichische Umsetzung in § 6 Abs 1 Z 28 UStG gegen das EU-Beihilferecht? .....	492
5.2.5.1 Einleitung und Problemaufriss .....	492
5.2.5.2 Anwendbarkeit und Prüfung der Kriterien des Art 107 Abs 1 AEUV .....	492
5.2.5.2.1 Grundlegendes .....	492
5.2.5.2.2 Staatliche Mittelherkunft: Unionsbeihilfen vs staatliche Beihilfen .....	493
5.2.5.2.3 Begünstigungswirkung durch Vorteilsverschaf- fung .....	496
5.2.5.2.3.1 Möglichkeiten der Vorteilsverschaf- fung .....	496
5.2.5.2.3.2 Wer ist der Begünstigte? .....	498
5.2.5.2.4 Die Selektivität als entscheidendes Kriterium des Beihilferechts .....	501
5.2.5.2.4.1 Grundlegendes .....	501
5.2.5.2.4.2 Ermittlung des Regelsteuertatbestandes und des Ausnahmetatbestandes .....	502

5.2.5.2.4.3 Das Prüfen der Selektivität anhand einer Vergleichbarkeitsprüfung .....	504
5.2.5.2.4.4 Die Rechtfertigungs- und Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	507
5.2.5.2.5 Wettbewerbsverfälschung .....	509
5.2.5.2.6 Grenzüberschreitende Handelsbeeinträchtigung .....	513
5.2.5.2.7 Fazit: Verstößt § 6 Abs 1 Z 28 UStG gegen das Beihilfeverbot iSd Art 107 AEUV? .....	514
5.2.5.3 Rechtsfolgen des Verstoßes gegen das EU-Beihilfeverbot .....	514
5.2.5.3.1 Unterscheidung zwischen Alt- und Neubehilfe .....	514
5.2.5.3.2 Berufung auf Vertrauensschutz bei Neubehilfe .....	519
5.2.5.4 Conclusio .....	522
5.2.6 Bewertung .....	524
<b>6 Zusammenfassende Ergebnisse .....</b>	<b>529</b>
6.1 Lösungsansatz auf europäischer Ebene .....	529
6.2 Lösungsansatz auf nationaler Ebene .....	542
<b>7 Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>557</b>
<b>8 Quellenverzeichnis .....</b>	<b>559</b>
<b>9 Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>603</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>605</b>